

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

XXV.GP.-NR

Nr. 50 /BI

24. Juni 2014

## Arbeitszeit FAIRkürzen, Arbeit FAIRteilen: Für 7-Stunden-Arbeitstag und Überstundenabbau

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Das Arbeitszeitgesetz (AZG) fällt in die Kompetenz des Bundes

### ANLIEGEN:

BI. ....

Der Nationalrat wird ersucht, gesetzliche Maßnahmen zu einer allgemeinen Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten zu setzen:

- Verkürzung der täglichen Normalarbeitszeit auf 7 Stunden, der wöchentlichen Normalarbeitszeit auf 35 Stunden.
- Verkürzung der maximal zulässigen täglichen Höchstarbeitszeit auf 9 Stunden, der maximal zulässigen wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf 45 Stunden.
- Zusätzlich zu den bestehenden Überstundenzuschlägen sind mit jeder geleisteten Überstunde progressiv steigende Zuschläge der ArbeitgeberInnen zur Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung einzuführen.

Österreich belegt bei den wöchentlichen Arbeitszeiten vollzeitbeschäftigter ArbeitnehmerInnen mit 41,8 Wochenstunden ( 2011) EU-weit einen Spitzenplatz und liegt deutlich über EU-Schnitt. Die Zahl geleisteter Überstunden ist 2013 mit 270 Millionen trotz Krise anhaltend hoch. Gleichzeitig herrscht in Österreich Rekordarbeitslosigkeit. Zusätzliches Beschäftigungswachstum war zuletzt beinahe ausschließlich auf Teilzeit zurückzuführen.

Eine Ausweitung der täglichen Arbeitszeit bei Gleitzeit auf bis zu 12 Stunden würde die Zahl geleisteter Überstunden erhöhen und droht die Spaltung am Arbeitsmarkt weiter zu vertiefen. Die Ausdehnung täglicher Arbeitszeiten ist kein Beitrag zu einer gerechteren Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Hausarbeit zwischen Männern und Frauen. Lange Arbeitszeiten gefährden die Gesundheit, führen zu berufsbedingten Erkrankungen und rauben Zeit für Erholung, FreundInnen, Familie und gesellschaftliches Engagement. Lange Arbeitszeiten sind ein Anschlag auf die Lebensqualität der betroffenen ArbeitnehmerInnen.

Wir fordern daher den Nationalrat auf, von einer Ausweitung täglicher Arbeitszeiten bei Gleitzeit Abstand zu nehmen und stattdessen im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes Schritte in Richtung einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich zu setzen.



